

Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2026

(Stellungnahme der B.f.A. UWG e.V.)

Guten Abend allerseits,

zu Beginn möchte ich kurz auf die Ziele der B.f.A. im Zusammenhang mit der diesjährigen Haushaltsplanung eingehen. In kriegerischen Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, ist es notwendig, dass Verwaltung und Politik mit ihren Strategien und auch in den alltäglichen Herausforderungen Weitsicht beweisen. Dies macht eine klare und offene Kommunikation erforderlich, die die Bevölkerung über die Herausforderungen informiert und sie zu einer positiven und konstruktiven Haltung und Mitwirkung anregt.

Aus vielfältigen Gründen, insbesondere ihrer strukturellen Unterfinanzierung, wird es für die Kommunen immer schwieriger, Ihre Aufgaben für das Funktionieren unserer Gesellschaft zu erbringen. Wichtig ist es deshalb, dass die demokratischen Kräfte zusammenarbeiten und gemeinsam die Probleme vor Ort lösen.

Nun zum Haushaltsplanentwurf 2026.

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten ist die finanzielle Situation von Sendenhorst noch vergleichsweise solide und mittelfristig beherrschbar. Die Verbesserungen der letzten Jahresergebnisse haben dazu geführt, dass Sendenhorst eine relativ gut gefüllte Ausgleichsrücklage hat und dadurch zunächst zukünftige Haushalte wohl ausgeglichen werden können. Wir können deshalb – zumindest absehbar – auch weiterhin vielfältige freiwillige Leistungen wie die Förderung des Ehrenamtes, besonders des Jugendwerks und der sozialen Organisationen gewährleisten.

Den B.f.A. sind hier besonders folgende Ansätze wichtig:

Mit der Unterstützung z.B. der lokalen Familienzentren verfolgen wir das Ziel, die Lebensqualität von Familien durch Vernetzung, Beratung und Betreuung zu steigern. Zentrale Schwerpunkte sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, niedrigschwellige Angebote (Bildung, Beratung, Begegnung) sowie die Förderung des sozialen Zusammenhalts. Deshalb ist uns auch zukünftig die Unterstützung und Ausstattung der Sport- und Musikvereine, der freiwilligen Feuerwehr und auch der Schulen sehr wichtig.

Schon an dieser Stelle aber der Hinweis, dass wir zwar eine kritische Überprüfung der Strukturen der Schule für Musik des Kreises Warendorf für richtig erachten, einen Ausstieg – wie von der FDP beantragt – aber aus vielen Gründen für falsch halten. Das Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 28. Juni 2022 (B 12 R 3/20 R) besagt, dass Musikschullehrkräfte auf Honorarbasis in der Regel als abhängig beschäftigt (sozialversicherungspflichtig) und nicht als selbstständig anzusehen sind. Das heißt, dass wie bei den Musikschulen, zum Beispiel auch die Honorarkräfte des Muko e.V. zukünftig angestellt werden müssen und damit teurer werden. Es ist also notwendig, durch eine Ausweitung der Kooperation zwischen den Musikschulen ihren Bestand zu sichern.

Vor diesem Hintergrund zitiere ich aus dem Leitbild der Kreismusikschule:

„Die Schule für Musik sieht sich als wichtige Säule der kulturellen Bildung im Kreis Warendorf, wir gestalten die Musiklandschaft des Kreises insbesondere mit unserem vielfältigen Veranstaltungsangebot aktiv und prägend mit.“ Diese Vielfalt, gerade in der klassischen Musik, ist den B.f.A. wichtig und die Mitgliedschaft der Stadt Sendenhorst sollte bestehen bleiben.

Sehr bedauerlich finden wir es in diesem Kontext, dass sich Verwaltung, CDU und FDP nicht auf die Unterstützung unseres Antrags auf Zahlung einer Aufwandsentschädigung an unsere ehrenamtliche Inklusionsbeauftragte Birgit Stumm durchringen konnten. Frau Stumm entlastet mit ihrem Ehrenamt die bezahlte Verwaltung und es bleibt rätselhaft, warum Ratsmitglieder, die für ein vergleichbares Engagement eine Entschädigung bekommen, diesem Ansatz nicht zustimmen konnten.

Bereits vor der Haushaltsklausur am 10.01.2026 haben sich B.f.A.-Mitglieder intensiv mit dem Haushaltsplanentwurf 2026 beschäftigt. Mit einer Vielzahl an Fragen und Anregungen wollten wir auch in diesem Jahr schon in der Haushaltsklausur Unklarheiten klären bzw. besprechen. Unser Ziel war es, den Aufwand der Verwaltung für die Beantwortung von Anfragen und Anträgen in den Haushaltsausschüssen zu minimieren.

Im Sinne einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Finanzwirtschaft war und ist es uns dabei wichtig, insbesondere den weiteren Abbau der allgemeinen Rücklage zu bremsen um mittelfristig die Notwendigkeit einer Haushaltssicherung zu reduzieren.

Parallel dazu haben wir durch eine KI-Auswertung des Haushaltsplanes in Verbindung mit unseren Anfragen versucht, durch graphische Darstellungen und einen Podcast auf den Seiten der B.f.A. (den man immer noch abrufen kann) Informationen zum Haushalt für die Bevölkerung aufzubereiten und nachvollziehbar zu machen. Wir halten es aus schon genannten Gründen auch zukünftig für sinnvoll, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig stärker in die städtischen Planungen einzubeziehen und aus der Bevölkerung dazu Anregungen, Bedarfe und Ideen zu bekommen. Leider haben wir diese Ziele mit unserem ersten Versuch (noch) nicht der Verwaltung in Gänze vermitteln können. Wir wollen diesen Ansatz aber auch zukünftig weiterverfolgen, allerdings werden wir dafür die Antworten der Verwaltung auf kritische Punkte abwarten.

Für die umfassenden Rückmeldungen zu den meisten unserer Fragen sowie die Arbeit im vergangenen Jahr bedanke ich mich an dieser Stelle bei der Verwaltung, insbesondere bei Bürgermeisterin Katrin Reuscher, Stadtkämmerin Bettina Küch-Wallmeyer und Frau Giedre Agintaite.

Im Zusammenhang mit der Ausstattung und Erweiterung der städtischen Grundschulen möchte ich noch, wie bereits im Ausschuss für Bildung und Kultur diskutiert, auf einen haushaltstechnisch wenig relevanten, aber aus unserer Sicht wichtigen Punkt hinweisen. Wir halten die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit I-Pads, die letztlich in ihrem Eigentum verbleiben, und wegen des Elternanteils wahrscheinlich nicht gefördert werden, pädagogisch für wenig zielführend. Das Erlernen von sozialen Fähigkeiten und Kernkompetenzen kann nicht durch digitale Medien ersetzt werden. Gerade weil die

Kinder sämtliche digitale Medien teils unkontrolliert nutzen, sollte so früh wie möglich mit der Schulung zum gesunden und richtigen Umgang mit digitalen Medien begonnen werden. Deren Nutzung sollte deshalb nicht in der Verantwortung der Eltern, sondern auch in der pädagogischen Arbeit der Schule liegen. Es bedarf pädagogischer Konzepte zur sinnvollen Nutzung der Geräte und zur Begrenzung der Bildschirmzeiten für die Kinder. Wir halten es deshalb für richtiger, dass die I-Pads als Klassensätze durch die Schule genutzt werden.

Wie in den vergangenen Jahren werden aus unserer Sicht im Wesentlichen mit diesem Haushaltsplan bereits beschlossene Ziele umgesetzt bzw. fortgeführt. Es ist deshalb an dieser Stelle müßig, auf diese noch einmal einzugehen. Wir sind froh, dass es die Einnahmen der Stadt ermöglichen, die erforderlichen Ansätze – insbesondere auch die freiwilligen Leistungen – zu ermöglichen. Hier gilt unser besonderer Dank auch dem Engagement der hiesigen Unternehmen, ohne deren Erfolge dies nicht möglich wäre. Auch die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes werden Sendenhorst helfen, die anstehenden Investitionen zu stemmen. Welche Auswirkungen die Folgen dieser Verschuldung auf Deutschland haben, wird sich erst noch zeigen müssen.

Mehr als noch im letzten Jahr müssen leider zu viele Menschen auf dieser Erde erleben, dass Despoten, Regierungen und Religionen die Grundregeln von Demokratie und Zusammenleben nicht als Wertegrundlage beachten wollen und mit Gewalt und Krieg Chaos erzeugen. Auch in Deutschland werden demokratische Freiheiten und Selbstentfaltung von einzelnen „Parteien“ immer mehr in Frage gestellt. Diese machen es sich aber zu einfach, wenn sie im Wesentlichen die Flüchtlingsthematik für die Schieflage der Finanzen verantwortlich machen. Ich zitiere die Fraktionsvorsitzende der Freien Wählergemeinschaft im Kreis Warendorf, Dorothea Nienkemper:

„ Polemik, Stammtischparolen – So einfach ist das nicht. Wir stehen für eine sachliche Diskussion! Polemik ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die in ihrer Familiengeschichte von Flucht und Vertreibung betroffen sind oder waren!“

Alle demokratischen Kräfte müssen zusammenhalten und sich dafür einsetzen, dass durch die Sicherung des Friedens auf der Grundlage unseres Grundgesetzes unsere freiheitlich demokratische Lebensweise gesichert wird.

Stadtgesellschaft, Stadtverwaltung und Politik haben sich in den letzten Jahren auf einen guten Weg gemacht. Einige Ziele konnten bereits umgesetzt werden, andere sind in Vorbereitung und die Weiterentwicklung von Sendenhorst und Albersloh scheint gesichert zu sein.

Die B.f.A. stimmen dem Entwurf des Haushaltsplans 2026 und der Ergebnis- und Finanzplanung 2027 bis 2029 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hans Ulrich Menke

(es gilt das gesprochene Wort)